





WIEN, 24,09,2019

NEUES von der Personalvertretung

In der Sitzung des ZA am 24.09.2019 wurden u.a. folgende Themen behandelt:

- Antrag der AUF/FEG über die unverzügliche Aussetzung des Vollzugshandbuches (VZH) "NEU": Der Antragsteller ist der Auffassung, dass beim Hr. Bundesminister von Cheflnsp. Schöpf und Cheflnsp. Kircher nicht alle Fakten gebracht wurden und vielleicht nur Kaffee getrunken wurde. +++ Zum Beispiel dürfen It. VZH KollegInnen keine Waffen mehr in der JA deponieren, obwohl ein Erlass (BMJ-GD50202/0058-II 2/2016) dieses erlaubt. +++ Die Definition "Schreckschuss" muss für Roman Söllner gestrichen werden, da wir dazu derzeit keine geeignete Waffe haben und auch nicht brauchen. Mit der Dienstpistole "Glock 17" ist ein "Schreckschuss" nicht möglich. +++ Bei der Vorgabe über die Fesselung fordert der Antragsteller eine restriktivere Auslegung. +++ Das VZH "NEU" spricht von Zwangsjacken, aber in den Anstalten sind keine vor Ort!!! Der Ankauf und die Ausstattung muss jetzt rasch erfolgen. +++ Der Antrag von Roman Söllner (AUF/FEG) wurde im ZA dahingehend abgeändert, dass zuerst das Gespräch mit der GD beantragt wird (einstimmiger Beschluss).
- JA Wien Josefstadt, Betrauungsvorschlag 2. stv. Justizwachkommandant/in: In der Anstalt konnte keine Einigung erzielt werden. Die GD folgt der Meinung der AL. Der ZA verlangt von der Gleichbehandlung eine Gegenüberstellung aller BewerberInnen und setzte vorerst die Beschlussfassung dazu aus (einstimmig). Ob sich der ZA der Meinung des DA anschließen kann, bleibt offen.
- JA Stein, Betrauungsvorschlag 2. stv. Justizwachkommandant/in: Auch da gab es in der Anstalt Auffassungsunterschiede. Die GD folgt der Meinung des AL und der ZA die des DA mit mehrheitlicher Beschlussfassung.
- <u>Die Personalvertretungsaufsichtsbehörde</u> (<u>PVAB</u>) <u>verlangt</u> <u>vom ZA-Gremium eine Stellungnahme zu einer Geschäftsführung:</u> Der ZA muss jetzt eine Stellungnahme abgeben, warum die Protokolle so (mangelhaft) geführt werden. Das Gremium vertritt ja <u>mehrheitlich</u> die Ansicht, Namen der Ausschussmitglieder haben beim Abstimmungsergebnis nichts verloren. Die Begründung ("der Verdreher") liegt wohl in der Rechtfertigung, da man ja danach nichts mehr nachvollziehen kann. Jetzt lässt Roman Söllner die rechtliche Grundlage prüfen.

KRITISCH!

UNZENSURIERT!

ORIGINAL!

geht's

Roman Söllner und sein Team

der Personalvertretung, Wählergruppe AUF/FEG

Weitere Informationen im Internet unter: www.auf.at oder auf Facebook: AUF Justizwache